

## Ausländische Gerichtsstände und Verbraucherschutzbestimmungen bei der Vermarktung via Internet

*Kathrin Häcki, Rechtsanwältin, LL.M.*

**Sind Sie sich bewusst, dass Ihre Privatkunden Sie unter Umständen an einem ausländischen Gericht unter Anwendung ausländischer Rechtsnormen, insbesondere der zahlreichen Europäischen Konsumentenschutzbestimmungen einklagen können, obwohl Sie in Ihren Verträgen und AGB's Schweizer Gerichtsstände und Schweizer Recht anwendbar erklärt haben?**

Das Internet bietet viele Möglichkeiten der Vermarktung und Erreichbarkeit von Kunden im In- und Ausland. **Homepages sind global abrufbar** und somit auch ausländischen Kunden, welche unter Umständen gar nie als Zielgruppe in Betracht gezogen worden sind, zugänglich.

Mit diesem an sich positiven Umstand und der damit einhergehenden, zunehmenden Internationalität ist aber auch das **Risiko für Schweizer Anbieter** verbunden, dass sie im Falle einer Streitigkeit mit einer Klage im ausländischen Wohnsitzstaat eines Kunden konfrontiert sind und, dass auf den Vertrag **ausländisches Recht**, insbesondere die zahlreichen und nur schwer zu überblickenden europäischen Verbraucherschutzbestimmungen **zur Anwendung** gelangen.

Die bei Fällen mit internationaler Privatkundschaft anwendbaren Bestimmungen – namentlich das sogenannte Internationale Privatrechtsgesetz (IPRG), wie

auch das in vielen Fällen in diesem Zusammenhang anwendbare internationale Lugano-Übereinkommen (LugÜ) - sehen nämlich vor, dass **Konsumenten** bei **Verträgen über Objekte des privaten Verbrauchs** den Anbieter an ihrem eigenen, (ausländischen) Wohnort verklagen können, und dass ein Anbieter seinerseits einen Konsumenten nur an dessen (ausländischem) Wohnort verklagen kann. Zudem wird in solchen Fällen das ausländische Wohnsitzrechts des Konsumenten angewendet.

Diese **Bestimmungen sind zwingend**, das heisst, sie kommen selbst dann zur Anwendung, wenn mit dem Konsumenten ein anderer Gerichtsstand oder die Anwendbarkeit von Schweizer Recht vereinbart wurde. Sie kommen zudem vor allem dann zur Anwendung, wenn ein Anbieter seine **Leistungen in irgendeiner Weise auf ein ausländisches Publikum ausrichtet**. Wann genau eine solche Ausrichtung angenommen wird, kommt sehr auf die Umstände des Einzelfalls an.

### **Empfehlung von Häusermann + Partner:**

Häusermann + Partner empfiehlt in diesem Zusammenhang, sich als Unternehmen bei der Vermarktung von Konsumgütern zu überlegen, ob ein ausländischer Kundenstamm adressiert werden soll oder nicht. Falls dies nicht der Fall ist, empfehlen wir, im Rahmen der Ausgestaltung der Homepage sowie bei anderen, publikumswirksamen Veröffentlichungen die entsprechenden Kommunikationsmassnahmen so auszugestalten, dass bei einer Streitigkeit mit ausländischen Kunden das Risiko eines ausländischen Gerichtsstands und der Anwendbarkeit einer ausländischen Rechtsordnung möglichst minimiert wird.

Für weitere Informationen zu dieser Thematik und für eine Risikoanalyse steht Ihnen Häusermann + Partner gerne zur Verfügung. [www.haeusermann.ch](http://www.haeusermann.ch)

Falls Sie sich näher in das Thema einlesen möchten,  
empfehlen wir Ihnen zudem die folgende Publikation:

*Kathrin Häcki, Die Verbraucherbestimmungen des  
LugÜ und IPRG, unter besonderer Berücksichtigung  
des Elements der Ausrichtung von Art. 15 Abs. 1 lit. c  
LugÜ im E-Commerce und der Auslegung von Art. 120  
Abs. 1 IPRG, Schulthess Verlag, Zürich, Basel, Genf  
2014*